

Theoretische und praktische Probleme der Organisation anti-kapitalistischer Übergänge

Bernd Röttger

»Wir leben immer noch im Zeitalter des Kapitalismus, die Versuche, den Sozialismus zu errichten, finden statt innerhalb der kapital. Welt, und scheitern zumeist an der Übermacht der gegenwärtigen Herrscher.«
(Peter Weiss, Notizbücher 1971 – 1980, 163)

»Die sozialist. Gesellsch. wächst aus der kapitalist. hervor, wie der Kapitalism. aus dem Feudalismus, doch indem die sozialist. Gedanken in den Kapitalism. hineinwachsen, nutzen sie sich ab. – (Das friedliche Hineinwachsen).« (ebd., 613)

»Demokratisierung: Prozess, in dem die Arbeiter allmählich ihren Einflussbereich erweitern.« (ebd., 616)

I.

»Umwälzungen finden in Sackgassen statt« ließ schon Bertolt Brecht (GW 12, 515) seinen *Me-ti* lehren. Die kapitalistische Produktionsweise manövriert sich in diese Sackgassen politökonomischer Entwicklung immer wieder selbst, indem sie die ihr eigenen Widersprüche zyklisch zum »Eklat« treibt. Sie bringt Krisen hervor, die mit den eingeschliffen Formen der Mehrwertproduktion (samt ihrer sozialen und politischen Regulation) nicht mehr zu überwinden sind. Der Kapitalismus, so Marx und Engels im *Kommunistischen Manifest*, kann folglich gar nicht anders, als seine eigenen Existenzgrundlagen, »also sämtliche gesellschaftliche Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren« (MEW 4, 465).

In weisem Gespür für diese grundlegende Erkenntnis des marxistischen Denkens hat die politische und gesellschaftliche Linke seit dem Kollaps von *Lehman Brothers* im Herbst 2008 den Eintritt einer Entwicklungsphase des Kapitalismus identifiziert, der im Sinne der Regulationstheorie als Beginn einer »großen Krise« bezeichnet werden müsse. Eine solche läge vor, wenn die Krisenüberwindung innerhalb der eingeschliffenen Formen der Mehrwertproduktion (»finanzmarktgetriebenes Akkumulationsregime«) und der sozialen und politischen Regulation (»Wettbewerbskorporatismus«) nicht mehr möglich sei. Von daher sei der Übergang zu einer neuen »Entwicklungsweise« quasi in den Status einer objektiven Notwendigkeit katapultiert. Der Kapitalismus habe zudem mit den von ihm produzierten »multiplen Krisen« eine schwere Gesellschaftskrise hervorgebracht, die notwendigerweise einen Bruch mit dem Neoliberalismus, der schließlich alle Krisen verantwortete, erzwinge.

Damit aber auch schon der Gemeinsamkeiten genug. Elmar Altvater (2010, 9) hat gleich in der Einleitung zu seinem neuen Buch *Der große Krach* deutlich gemacht, welche politischen Konsequenzen aus unterschiedlichen Krisenbegriffen resultieren. In der Rede von »multiplen« Krisen kann getrost über eine zukunftsfähige Regulierung des Klimas, der Welternährung usw. schwadroniert werden, ohne dass die

Frage kapitalistischer Produktions- und Aneignungsverhältnisse überhaupt thematisiert werden muss; in der Interpretation einer »großen«, d. h. einer »Systemkrise« ist das jedoch nur schwer möglich. Wie aber war das Terrain der Kämpfe wirklich bestellt, als die Krise des Kapitalismus zu prozessieren begann?

II.

Das System des Kapitalismus hatte sich in seine letzte (nicht zu verwechseln mit seiner finalen) Krise manövriert, ohne dass es einer »relativen Prosperität der Arbeiterklasse« bedurfte, die Marx noch vor Augen hatte, als er deren Kämpfe im zweiten Band des *Kapital* als »Sturmvogel der Krise« (MEW 24, 410) deutete. Das Gegenteil war der Fall. Die jüngste Periode kapitalistischen Wachstums setzte mit den neo-liberalen Umbauprojekten seit Ende der 1970er Jahre sowohl die Schwächung der ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegung voraus, wie sie sie gleichzeitig in den ermöglichten Globalisierungsprozessen der Ökonomie und der Privatisierungsorgien (der öffentlichen Güter, der sozialen Sicherung, der Verschuldung) verschärfte, um den »stummen Zwang« (Marx) der ökonomischen Verhältnisse ungezügelt walten lassen zu können (Röttger 2009). Als die Krise des Kapitalismus eintrat, ließen sich allenfalls zaghafte Ansätze der Erneuerung irreversibel ausgehöhlter institutioneller Gewerkschaftsmacht aufspüren. Folglich aber hatte der linke Krisenausgangsoptimismus schlicht kaum Grundlagen, auf dem er realisiert werden konnte. Restaurative Krisenpolitiken dagegen, die die Krise dann als überwunden betrachten, wenn die ökonomischen Entwicklungsmuster vor der Krise wiederhergesellt sind und so den politischen Rahmen organisieren, in der sich die Macht der gesellschaftlichen Kräfte, die durch die Krise de-legitimiert schienen, erneuern kann, waren unter diesen Ausgangsbedingungen strukturell begünstigt.

Schon Marx hatte in den *Grundrissen* analysiert, dass die alte Gesellschaft selbst die »Minen« legen muss, die es in einer emanzipatorischen Perspektive nur noch zu sprengen gilt. Denn wenn sich nicht in der Gesellschaft, »wie sie ist, die materiellen Produktionsbedingungen und ihnen entsprechende Verkehrsverhältnisse für eine klassenlose Gesellschaft verhüllt vorfänden, wären alle Sprengversuche Donquichoterie.« (MEW 42, 93). Mit dem an verschiedenen Stellen in den Schriften von Marx und Engels auffindbaren Hinweis, dass der »Schoß« der alten, bürgerlichen Gesellschaft der eigentliche Humus ist, aus dem sich eine (sozialistische, kommunistische) Zukunft speist, hat Marx – um mit dem Dichter Volker Braun (2009 [1978], 154) zu sprechen – sich gegen »Moralisiererei« und dafür engagiert, die »innewohnende Substanz der Geschichte« aufzuspüren. Marx sah insbesondere zwei sich im Schoße der alten Gesellschaft vollziehenden Prozesse als Humus einer zukünftigen, befreiten Gesellschaft, Prozesse, in denen sich *Möglichkeit* und *Notwendigkeit* emanzipatorischer Umwälzung knechtender Verhältnisse paaren: die durch Teilung der Arbeit und »große Industrie« erzwungene Kooperation der Arbeitenden (vgl. Röttger 2010a) und die Konstitution der »doppelt freien Lohnarbeit« zu einer gewerkschaftlichen und politischen Klassenbewegung (vgl. Röttger 2010b). Aber die Kooperation der Arbeitenden bildet noch nicht die »freie Assoziation der Produzenten«, und die Konstitution zur Klasse bedeutet noch lange nicht die Aufhebung der Klassengesellschaft.

Die Behauptung einer objektiven *Notwendigkeit* der Überwindung bestehender Formen gesellschaftlicher Herrschaft kann sich nicht darin genügen, die sich his-

torisch einpendelnde »Unmöglichkeit des Kapitalismus« nachzuweisen, was z. B. Rosa Luxemburg in ihrer Ökonomietheorie versuchte (GW 5, 778). Auch ihr war aber zugleich klar, dass das Aufdecken von »objektiv geschichtlichen Schranken« der kapitalistischen Produktionsweise »auch einige Bedeutung für unseren praktischen Kampf« haben dürfte (GW 5, 7). David Harvey (2009) hat die Aufgaben von kritischer Theorie in emanzipatorischer Absicht (gerade in Perioden kapitalistischer Krisen) für die heutige Zeit übersetzt: es gehe nicht nur darum zu bestimmen, *was* getan werden müsse, sondern auch zu klären, *wer* es eigentlich tun soll.

Hier setzen die Strategieprobleme ein, deren sich schon Marx im Prinzip bewusst war. Im 18. *Brumaire des Louis Bonaparte* notierte er, dass »die Menschen [...] ihre eigene Geschichte« machen, konstatierte aber, dass sie sie »nicht aus freien Stücken unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorhandenen, gegebenen und überlieferten Umständen« gezwungen sind, zu machen (MEW 8, 115). Der Weg in eine bessere Zukunft muss im »Reich der Notwendigkeiten« geebnet werden. In seiner Kritik des *Gothaer Programms* von 1875 schreibt er, dass die Tatsache, dass sich sozialistische Transformationsstrategien nicht »auf ihren eigenen Grundlagen« entwickeln können, sondern »aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgehen«, als eine der zentralen Herausforderungen für die Formulierung sozialistischer Politik (MEW 19, 13ff) fungiert. Genauso auch wieder heute. Wiederum David Harvey (2010, 1) weist der Linken daher zu Recht die Aufgabe zu, »genauer zu bestimmen, *wie* ein [...] Sozialismus oder Kommunismus möglich ist und *wie* der Übergang zu diesen Alternativen bewerkstelligt werden kann« [Hervorhebung von mir, B. R.].

III.

Strategieprobleme der Organisation anti-kapitalistischer Übergänge sind unentwirrbar verwoben in Fragen des für die Geschichte emanzipatorischer Bewegungen immer wieder verhängnisvollen Verhältnisses von Reform und Revolution. Sie wurden aber erst am Ende des 19. Jahrhunderts überhaupt zu einem theoretisch bearbeiteten Problem. Marx hatte noch in der *Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation* von 1864 bekanntlich das Erkämpfen institutioneller Gegenmacht der englischen Facharbeiter, die im gesetzlichen Zehnstundentag mündete, als einen »Sieg der politischen Ökonomie der Arbeit über die politische Ökonomie des Kapitals« (MEW 16, 11) gefeiert, der erst weitere emanzipatorische Schritte ermögliche. Ein Jahr später wehrte er sich in *Lohn, Preis und Profit* vehement gegen linksvisionäre Vorstellungen von der Nutzlosigkeit der Erhöhung des Arbeitslohns und der Schädlichkeit von Gewerkschaften als »theoretisch falsch und praktisch gefährlich« (MEW 16, 103). Weil, wie Marx im *Kapital* nachwies, in der »kasernenmäßigen Disziplin, die sich zum vollständigen Fabrikregime ausbildet« (MEW 23, 447), kein »Raum zu menschlicher Entwicklung« (MEW 16/144) bestünde, entwickelt sich in emanzipatorischer Perspektive die Notwendigkeit eines »reformistischen« Kampfes um Arbeitszeitverkürzung. Sie speist sich aus der begrenzten Gebärfreude des »Schoßes« der bürgerlichen Gesellschaft. Derartige »Reformen« zielen dann darauf, wie Marx in seiner *Rede über die Verkürzung der Arbeitszeit* verdeutlicht, »der Arbeiterklasse mehr Zeit für die geistige Entwicklung zu geben. Gesetzliche Beschränkungen des Arbeitstages seien der erste Schritt zum geistigen und physischen Aufschwung und zur endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse« (MEW 16, 555).

Erst Rosa Luxemburg hat in der marxistischen Tradition die theoretische Herausforderung praktischer Verknüpfung von Kämpfen *im* und *gegen* das Lohnarbeitsverhältnis angenommen (vgl. Röttger 2011a). Für Luxemburg schloss »das Grab der Pariser Kommune« eine erste Phase der europäischen ArbeiterInnenbewegung. Die nun institutionelle ArbeiterInnenbewegung habe Reform und Revolution beständig neu auszutarieren, beide Praxen können aber nicht nach Belieben wie heiße Würstchen oder kalte Würstchen« ausgewählt werden (*Sozialreform oder Revolution?*, GW 1/1, 428). Nicht jeder gewerkschaftliche Kampf für eine Verbesserung *innerhalb* des Lohnverhältnisses war ihr so gleich eines erstarrenden Reformismus verdächtig, nicht jede revolutionäre parteipolitische Geste gleich zu jeder Zeit willkommen. Das zu kritisierende in der Arbeitsteilung zwischen den Organen der institutionalisierten ArbeiterInnenbewegung war bei Luxemburg der Stillstand *in der Sache*. Fast in einem kategorischen Imperativ formulierte sie in *Die Krise der Sozialdemokratie*, dass die Politik des Proletariats »immer über das Bestehende und das Neugeschaffene hinausgehen« muss. (GW 4, 158). Georg Lukács sprach später – in *Geschichte und Klassenbewusstsein* – vom »Schritt in die Richtung auf das Ziel« und von Schritten, die »das Ziel verdecken«, um zu einer konkreteren Bestimmung von Reformprozessen im Kapitalismus zu gelangen (1968 [1923], 159).

In dem von Luxemburg präzierten marxistischen Denken sozialistischer Transformation – dem Einweben der Marxschen »dialektischen Methode in den lebendigen Klassenkampf«, so Lelio Basso (1969a, 19) in seiner Würdigung ihres Werks – kommt der Reform kapitalistischer Gesellschaften eine doppelte Funktion zu. Als Element des Übergangs zur assoziierten Produktionsweise muss sie an den bestehenden, objektiven und subjektiven Verhältnissen der Zeit anknüpfen, um als *revolutionäre Realpolitik* fungieren zu können und nicht als »individuelle Schrullen« zu wirken, wie Antonio Gramsci formuliert hätte (1991ff, 877). Sie hat gleichzeitig immer wieder über diese Verhältnisse hinauszuweisen. Proletarische Realpolitik wird nur dann »revolutionär, indem sie durch alle ihre Teilbestrebungen in ihrer Gesamtheit über den Rahmen der bestehenden Ordnung, in die sie arbeitet, hinausgeht, indem sie sich bewusst nur als das Vorstadium des Aktes betrachtet, der sich zur Politik des herrschenden und umwälzenden Proletariats machen wird.« (*Karl Marx*, GW 1/2, 373f.). Um diese entscheidende transitorische Funktion ausüben zu können, haben Reformen Lernprozesse der ArbeiterInnenbewegung zu ermöglichen, damit die Revolution »selbst die Bühne der Geschichte« betritt (*Der Acheron in Bewegung*, GW 4, 420). Sie müssen sich daran messen lassen, ob sie die politischen Handlungsspielräume, in denen *weitergehende* Reformen möglich werden, erweitern oder nicht (vgl. zur Bedeutung des Konzept der »Handlungskorridore« für politökonomische Analysen: Röttger 2011b; zur »progressive reform in and of itself«; Wright 1994, 169f.).

IV.

Die erste Welle solchen *linksreformistischen* Denkens fällt bezeichnenderweise in die Phase einer ersten Krise des Marxismus. Eric Hobsbawm (1981, 42) hat gezeigt, dass diese erste Krise des Marxismus just in die Zeit fällt, »da sich die Krise des Kapitalismus in eine neue Expansionsphase auflöst (um 1897)«, wo also die alten Gewissheiten über den Zusammenhang krisenhafter Kapitalentwicklung und Emanzipation zu verdampfen drohten. Mit dem Scheitern der europäischen Rätebewe-

gungen in den 1920er Jahren des 20. Jahrhunderts (und reformistischer Praxen zur Unterdrückung revolutionärer Impulse »von unten«) zeigte sich nun deutlich, dass in analytisch-unreflektierten Praxen – reformistischer oder revolutionärer Provenience – Stillstellungen im Prozess der Emanzipation eingelagert sind, die immer wieder zu »historischen Niederlagen« der ArbeiterInnenbewegung wurden. Antonio Gramsci (1980 [1920], 78) notierte – ähnlich wie Karl Korsch in seiner Analyse des deutschen Betriebsverfassungsgesetzes von 1920 (1980 [1922]) –, dass mit dem Betriebsverfassungsgesetz, also dem historisch-reformistisch Erreichbaren, »der Keim des Kontrollrechtes der Arbeiterklasse über die industrielle Produktion erstickt«, also das »Revolutionäre« enthaupet wurde.

Seitdem die versammelte Bourgeoisie nun zu Kompromissen mit der ArbeiterInnenbewegung gezwungen war, sah sich die Bewegung der Emanzipation mit dem Problem konfrontiert, dass Teile der »befestigten Gewerkschaften« (Götz Briefs) und der parlamentsgängigen Linksparteien ein »Ende jener Ruhelage in den gesellschaftlichen Beziehungen« als Bedrohung wahrnahmen, weil sie den entstandenen gesellschaftlichen Stillstand durch bürokratischen Führungen der ArbeiterInnenbewegung als »Voraussetzung der eigenen Existenz« sahen (Abendroth 1972, 369). Linksreformistische Opposition entstand in der ArbeiterInnenbewegung vor allem in sog. »Zwischengruppen«, Assoziationen von (zumeist intellektuellen) Frauen und Männern unabhängiger SozialistInnen und KommunistInnen, die ausgehend von einer *dynamischen Theorie des Kapitalismus* und der in ihn eingewobenen Kämpfe sich den bürokratischen Erstarrungen in Parteien und Gewerkschaften nicht beugen wollten.

Allen Bemühungen zum Trotz, konnte die dialektische Beziehung von Spontaneität und Organisation in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften dieser Zeit nicht ins Werk gesetzt werden. In den nach der Niederschlagung der Rätebewegung in den Gewerkschaften und den Sozialdemokratien entwickelten wirtschaftsdemokratischen Konzepten gewannen zunächst *evolutionäre* gegenüber transitorisch-prozessorientierten Ansätzen an Bedeutung. Zum einen nämlich wurden im Rahmen von theoretischen Konzeptionen des *organisierten Kapitalismus* faktische Verstaatlichungen ökonomischer Sektoren in den bürgerlichen Gesellschaften zur »Durchgangsphase« zum Sozialismus erklärt (Rudolf Hilferding). Zum anderen wurde die staatliche Übernahme wichtiger Betriebe und die »Durchorganisation des Kapitalismus« als »ein großer Antrieb in der Richtung der Entwicklung zur Demokratisierung der Wirtschaft« interpretiert (Naphtali 1977 [1928], 45); sie symbolisierten »eine Form des Werdens der Wirtschaftsdemokratie« (ebd., 71).

Gegen diese Form einer von Friedrich Engels in *Briefen an Bernstein* schon kritisierten »Verstaatlichungssucht« der sozialistischen Bewegung (MEW 35, 427), die dahin tendiere, »möglichst viele Proletarier in vom Staat abhängige Beamte und Pensionäre zu verwandeln, neben dem disziplinierten Kriegs- und Beamtenheer auch ein dito Arbeiterheer zu organisieren [...] – schöner Sozialismus!« (MEW 35, 170), richtete sich damals das sozialistische Konzept der *sozialen Demokratie*. Der Klassencharakter des bürgerlichen Staates – auch wenn er sich ökonomischer Sektoren bemächtigt – bleibe solange nämlich unangefochten (und die Demokratie »formal«), solange demokratische Prozesse nicht die Wirtschaft erreichen und den Klassengegensatz, der die bürgerliche Konstitution des Staates prägt, überwindet. Max Adler (1928, 292) machte deutlich, dass die »politische Demokratie [...] der Ideologie des

Rechtsstaates mit allen ihren Illusionen eines fortschreitenden Ausgleichs der Klassen« entsprechen würde. Dagegen stünde »die soziale Demokratie [...] innerhalb der Klassengesellschaft« für einen »revolutionären Klassenkampf, durch den sie [die Demokratie, B.R.] erst hergesellt werden kann.«

V.

An die Luxemburgische Linie – Reformen als Hebel »wuchernder Antagonismen« – konnte dann erst wieder schrittweise mit der Entfaltung der Sozial- und Wohlfahrtsstaaten in der sog. Nachkriegsordnung angeknüpft werden. Stilbildend wurden Erfahrungen, die in der Weltwirtschaftskrise 1929ff. und der eingeschlagenen Krisenlösungen beschritten wurden: *Zum einen* die illusionären Kriseneinschätzungen sowohl der revisionistischen als auch der kommunistischen Strömungen, durch Verstaatlichungen entweder das Vorzimmer zum Sozialismus bereits erklimmen zu haben oder durch unabwendbare ökonomische Debakel des Kapitalismus in der Krise »zur politischen Macht gespült zu werden« (Abendroth 1972, 435). *Zum anderen* zeigten gerade aber auch »linke Krisenausgänge«, vor allem der New Deal in den USA, dass im Rahmen des organisierten Kapitalismus die Herrschaft des Kapitals praktisch nicht in Frage gestellt wurde. Lelio Basso (1969b, 26f.) bestimmte deswegen Staatsintervention als grundsätzlich ambivalent: sie komme einerseits »den Intentionen der Arbeiterbewegung entgegen (die Vorbereitung der objektiven Voraussetzungen des Sozialismus wird auf eine höhere Stufe gehoben und damit der *künftige* Übergang zum Sozialismus erleichtert), andererseits hilft sie *im Augenblick* denen, die die Macht innehaben.« Allein die »im Schoße« des Kapitalismus entfaltenen Formen der Verstaatlichung und Planung waren es offenbar nicht, die den Übergang zum Sozialismus garantieren. Dem Kapitalismus gelang es immer wieder, die Einführung system-nicht-konformer Elemente seiner politischen Regulation zu »verdauen« und in »Integrationslogik« zu verwandeln (ders. 1975, 147).

In der Nachkriegsordnung war diese Traditionslinie gezwungen, ihre intervenierende Theorie und Praxis *demokratiethoretisch* und *rechtspolitisch* zu erweitern. Der soziale Interventionsstaat des fordistischen Kapitalismus der Nachkriegsordnung wurde dabei zunächst als »Kompromissergebnis im Klassenkampf« interpretiert, der »dann gleichwohl (wiederum post festum, nicht vorweggenommen) durch die politische Ökonomie der Bourgeoisie akzeptiert« wurde (Abendroth 1972, 467). Tatsächlich kann die Entwicklung des sozialen Interventionsstaats als »Vormarsch der Arbeiterklasse« in den Staat analysiert und beschrieben werden. Im »keynesianischen Staat« bildete sich nicht nur ein neues »strukturelles Entwicklungsmodell (Staat/Wirtschaft)« heraus; es entstanden auch neue Organisationsformen gesellschaftlicher Hegemonie, die nun die Arbeiterklasse aktiv inkorporierten. Der neue Staatstypus ging also »mit einer gewaltigen Veränderung der Herrschafts- und Kampfweisen« einher (Buci-Glucksmann/Therborn 1981, 122f). Er wurde »zum ständigen Ort politischer Kompromisse, zum einzigen Ort, wo sich die Schlichtung und Institutionalisierung eines bestimmten Kräfteparallelogramms abspielen« konnte (ebd., 132).

Bereits Marx interpretiert in *Klassenkämpfe in Frankreich* von 1850 Verfassungen als Prozessresultate, »sobald der gesellschaftliche Umwälzungsprozess an einem Ruhepunkt angelangt war, die neu gebildeten Klassenverhältnisse sich befestigt hatten und die ringenden Fraktionen der herrschenden Klasse zu einem Kompromiss

flüchteten, der ihnen erlaubte, den Kampf unter sich fortzusetzen und *gleichzeitig die ermattete Volksmasse von demselben auszuschließen.*« (MEW 7, 41).

Genau dieser Stillstand in den Auseinandersetzungen der gesellschaftlichen Klassen sollte in einer linksreformistischen Perspektive in der Nachkriegsordnung verhindert werden. Nach den erneuten Niederlagen der Arbeiterbewegung im Prozess kapitalistischer Restauration 1949ff. (und im Konflikt um das Betriebsverfassungsgesetz 1952) ginge es in der BRD nun darum zu verhindern, »dem Verlust des Zieles der demokratisch-sozialistischen Umstrukturierung der Gesellschaft« einen »Verlust der durch die Verfassung garantierten Rechtspositionen« folgen zu lassen (Abendroth 1975, 201).

Jürgen Seifert bestimmt in einer solchen Perspektive Rechtspositionen im Sozial- und Wohlfahrtsstaat als »Instrumente zum Schutze des Bewegungsspielraums der Arbeiterbewegung« (1974, 210). Sozialistische Rechtspolitik habe die Funktion, neue Rechtspositionen »als juristische Zwischenpositionen« zu schaffen, »die ihrerseits die proletarische Aktion initiativ beeinflussen können« (ebd., 218). Michael Vester (1970, 55) weist »antikapitalistischen Reformen« die Funktion zu, »nicht nur Bewusstsein und Machtkompetenz ihrer Nutznießer« zu steigern, sondern zugleich den »Handlungsspielraum der herrschenden Mächte« zu begrenzen. Ähnlich bestimmt Lelio Basso (1969, 29f.) die Notwendigkeit einer aktivierenden »tagtäglichen Teilnahme am politischen Kampf« als eine Strategie des Übergangs: »erstens, weil dieser Tageskampf es ermöglicht, das Kräfteverhältnis schrittweise zu verändern, neue Einrichtungen und neue Aktionsinstrumente zu entwickeln, in Teilbereichen auf die Struktur der Gesellschaft einzuwirken und sich auf die entscheidenden Auseinandersetzungen vorzubereiten; zweitens, weil es mit Hilfe eines Programms der Strukturveränderungen möglich ist, Berührungspunkte mit anderen Schichten und Kräften zu finden und jene Bündnisse zu schließen, ohne die der Kampf nicht zu gewinnen ist, und drittens, weil – mit Rosa Luxemburg zu sprechen – im Kampf für die Demokratie, in der Ausübung ihrer Rechte, »das Proletariat zum Bewusstsein seiner Klasseninteressen und seiner historischen Aufgaben gelangen kann.«

André Gorz spricht in *Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus* von »Reformen nicht-reformistischen Inhalts«, weil sie »»autonome Machtpositionen« schaffen, die den »Konflikt zwischen den menschlichen Forderungen der Arbeitnehmer und den toten Erfordernissen des Kapitals zuspitzen« (1967, 44f.). Reformen der kapitalistischen Gesellschaft markieren in dieser Perspektive kein zu erreichendes Ziel, sondern einen Punkt der »Einleitung neuer Kämpfe« und »die Möglichkeit neuer Teilsiege« (ebd., 63). *Strukturreformen* bewirken in diesem Sinne »eine Beschränkung der Macht des Staates oder des Kapitals, eine Erweiterung der Macht des Volkes, d. h. einen Sieg der Demokratie über die Diktatur des Profits« (ebd., 13, Fn. 3). Lelio Basso (1970, 129) schließlich leitet die Notwendigkeit einer solchen strategischen *Globalorientierung* aus der sonst ungebrochen wirksamen, integrativen Systemlogik des Kapitals ab: »Ohne diese Globalstrategie kann jede Strukturreform, jede Forderung oder Eroberung, jede Schaffung eines neuen Machtzentrums von der kapitalistischen Systemlogik wieder aufgesogen oder annulliert werden ...«.

Diese deutliche theoretisch-praktische Neukonturierung linksreformistischer Ansätze in der Phase fordistischer Prosperität war jedoch kaum von einer verbreiteten Praxisrelevanz in den Organen der ArbeiterInnenbewegung – Gewerkschaften und Parteien – begleitet. Aktivierende Betriebsansätze wie z. B. die sog. »Ford-Aktion« (vgl. Abelshausen 2009, 130ff.) oder gewerkschaftliche Bildungskonzepte, die mit

Oskar Negts (1971) Ansatz einer sozialistischen Demokratisierung arbeiteten, waren organisationspolitisch eher marginalisiert.

VI.

Mit der Weltwirtschaftskrise 1974/75, die dem fordistischen Entwicklungspfad sukzessive den Garaus bereitete und schließlich den Weg in die »neoliberalen Konterrevolutionen« ebnete, starben zunächst auch die linksreformistischen theoretischen Anstrengungen in praktischer Absicht. Die ökonomische Krise des Kapitalismus (und der aus ihr resultierende Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik) zeigte eindrucksvoll, dass sich »die ökonomische Gesetzmäßigkeit des Kapitals [...] gegenüber den hilflosen politischen Versuchen einer reformistischen Position« immer wieder durchzusetzen vermag, »auch wenn sie an der Regierung ist.« (Altvater 1977, 113). In den seit 1978 regelmäßig unterbreiteten *Alternativen der Wirtschaftspolitik* spielte linksreformerisches Denken praktisch kaum mehr eine Rolle. Es blitzte allenfalls in einer »linken« Kritik an technokratischer Verkürzung ökonomischer und gesellschaftlicher Alternativen auf: bei alternativer Wirtschaftspolitik handele es sich nicht »um alternative Modellrechnungen innerhalb des Systems der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, sondern um die Herstellung des Zusammenhangs von staatlicher Politik [...] mit Interessen und Vorstellungen über eine strukturelle Reorganisation des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses«. Sofern keine Praxisformen entfaltet werden, die »die Interessen der Arbeiterklasse in der staatlichen Politik zu manifestieren vermögen«, bleibe alternative Wirtschaftspolitik »bloß Modell und Appell« (Altvater/Hübner/Stanger 1983, 193). Alternative Wirtschaftspolitik könne auch nicht allein »als Paket an Forderungen« existieren, sondern nur »als eine politische Perspektive für die von den Auswirkungen der gesellschaftlichen Krise betroffenen Menschen« (ebd., 215). Insofern blieben zwar die entwickelten Struktur-reformen »zugunsten der Arbeiterbewegung« aktuell, um so »einen Ausgangspunkt für weitergehende Umwälzungsprozesse in der Gesellschaft zu schaffen« (Altvater/Hoffmann/Semmler 1979, 400). Konkreter wurde aber alles nicht. Auch Entwürfe eines »radikalen Reformismus« (vgl. Esser/Görg/Hirsch 1994), die auf die Existenz neuer, in der nachfordistischen Restrukturierung des Kapitalismus entstandener antikapitalistischer Bewegungen bauten, blieben weit hinter dem Konkretionsniveau linksreformistischer Alternativen der Nachkriegsordnung zurück: weder konnte die Notwendigkeit solcher Umbaustrategien aus der kapitalistischen Entwicklungsdynamik selbst, noch konnten konkrete Anknüpfungen an Interessen und Kräfte als Prozess der Selbstveränderung dieser Kräfte und Interessen präzise benannt werden.

Das zeichnete aber gerade das »linksreformistische Programm« aus. Oskar Negt hat in den 1970er Jahren zunächst darauf hingewiesen, dass es »positivistisch verkehrtes, falsches Bewusstsein« sei, »jede Form der *Realität*, die sich als sozialistisch versteht«, als »besser« zu bewerten, »als das, was noch *Tendenz*, noch objektive Möglichkeit, was widersprüchlicher Prozess der sozialistischen Bewegung« ist (1976a, 613). Sein Buch *Keine Demokratie ohne Sozialismus* endet mit dem von Lenin entlehnten Verweis auf »spezifische Bedingungen«, die entfaltet sein müssen, damit sich revolutionäre Prozesse – zumal in hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften – entfalten können, und weist dem »Prozess einer sozialistischen Demokratisierung« die Aufgabe zu, »diese besonderen Bedingungen herzustellen« (1976b, 491). Dieser

intervenierenden theoretischen und politischen Praxis, die erst die Voraussetzungen für ökonomische und gesellschaftliche Alternativen schafft, schien sich die nachfordistische Linke weitgehend entledigen zu können. Linke Theoriebildung bewegte sich von nun an – mit Wolfgang Abendroth (1972, 392) gesprochen – in einer »Kapitulation der Theorie vor der nicht mehr als *Prozess* verstandenen Praxis«.

VII.

Wohl auch deshalb waren in den Ausgang der jüngsten Krise des Kapitalismus so viele Illusionen verwoben. Über die Organisation von anti-kapitalistischen Übergängen ranken sich Mythen und Legenden: entweder wird mit Konzepten von »Globalen Sozialen Rechten« oder einem »bedingungslosen Grundeinkommen« suggeriert, der in der ökonomischen Krise restaurierten kapitalistischen Herrschaft könne parallel eine quasi-kommunistische Realität entgegengestellt werden, oder aber die kleinsten Schritte auf dem Weg zu einem ökologischen Umbau der Produktion, sei es durch Gesetz, sei es durch betriebliche Innovation, werden bereits als »Einstiegsprojekte« einer demokratisch-sozialistischen Transformation stilisiert. Gegen erstere hat bereits Mitte der 1990er Jahre Erik Olin Wright (1994) mit seiner Polemik gegen einen »kapitalistischen Weg zum Kommunismus« reagiert – einer Position, die die Macht der herrschenden Klassen (die »Schrauben der Repression« (José Saramago)) und die durch die ökonomischen Eigentums- und Verfügungsrechte systematisch eingehegten Korridore möglicher Entwicklungspfade systematisch unterschätzt. Er zeigte, dass »Something like Socialism is Necessary for the Transition to Something like Communism« (ebd., 157ff.). Tatsächlich mündet die Forderung, »Kapitalismus aufbrechen«, indem er nicht »zerstört«, sondern »nicht geschaffen wird« (Holloway 2010, 253) unumwunden in eine unkritische Idealisierung sämtlicher (vermeintlich) selbst bestimmter Tätigkeit, die faktisch kapitalistisch formbestimmt bleibt. Gegen weitere zeigen die Realitäten kapitalistischer »Konversion« der Produktion, dass solche Ansätze nicht per se demokratische Verlaufsformen haben, in unternehmerischen Strategien der Produktdiversifizierung »verdaut« werden oder auch für eine elementare Erneuerung kapitalistischer Verfügungsgewalt genutzt werden können (vgl. Röttger 2010c). Für eine unter den Bedingungen von »Peak Oil« und »Peak of All« als gering erachteten Zeitspanne notwendigen Umbaus von Ökonomie und Gesellschaft treten zudem technokratische Ansätze verstärkt in Erscheinung, die – so die historische Erfahrung –, gerade weil sie die *politischen Formen* unangetastet lassen, sondern lediglich das »Programm« auswechseln, jederzeit wieder von der versammelten Restauration in »postdemokratischen« Verfahren (Colin Couch) »kassiert« werden können.

Tatsache war, dass die jüngste Krise des Kapitalismus prozessierte, ohne dass die Bedingungen ihrer Überwindung (der ökonomischen Krise selbst, wie der ihr zugrunde liegenden Produktionsverhältnisse) bereits »im Schoße« derjenigen ökonomischen Verhältnisse, die sie produziert haben, entwickelt waren. Eine solche prozessierende Krisenkonstellation ist nicht neu. Bereits Antonio Gramsci kannte die Situation einer »Krise, die sich manchmal über Jahrzehnte hinzieht. Das bedeutet, dass in der Struktur unheilbare Widersprüche aufgetreten sind, welche die positiv an der Erhaltung der Struktur selbst wirkenden politischen Kräfte jedoch innerhalb gewisser Grenzen zu heilen sich bemühen«. Für Gramsci entsteht eine solche Situ-

ation, weil gerade in Zeiten der ökonomischen Krise »die verschiedenen Bevölkerungsschichten nicht dieselbe Fähigkeit besitzen, sich rasch zu orientieren und sich mit derselben Schnelligkeit zu reorganisieren« (1991ff., 493). Derart prozessierende Krisen verhindern, »dass die Elemente der Lösung sich mit der nötigen Geschwindigkeit entwickeln; wer herrscht, kann die Krise nicht lösen, hat aber die Macht [zu verhindern], dass andere sie lösen, das heißt hat nur die Macht, die Krise selbst zu verlängern.« (ebd., 1682).

Ein vehementes Plädoyer für linksreformistische Alternativen! Für eine Strategie des Übergangs steht das »Reich der Freiheit«, in dem »die objektiven, fremden Mächte, die bisher die Geschichte beherrschten ..., unter die Kontrolle der Menschen selbst« (MEW 19, 22) treten, noch gar nicht zur Verfügung. In Krisen des Kapitalismus müssen deshalb Prozesse initiiert werden, die die Handlungskorridore für den »Sprung der Menschen aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit« (ebd.) erst ermöglichen. Hieraus leitet sich – in der Phase ihrer Restriktion – die ungebrochene Aktualität linksreformistischer Ansätze ab. Sie sind – das wäre die Lehre aus ihrer Geschichte – von theoretischem Reflexions- und Lernvermögen (aller Beteiligten) und von gesellschaftlich voraussetzungsvollen Prozessen der Rekonstruktionen von Gegenmacht, die auch über den schwierigen Pfad der Erneuerung von Klassenkompromissen notwenig laufen muss, abhängig. Es gibt keine »Kochrezepte«, aber zu berücksichtigende *Essentials*, wie solche Wege zu beschreiten sind.

Erik Olin Wright endet in seinem neuen Buch deshalb mit der schlichten Empfehlung »to treat the struggle to move forward on the pathways of social empowerment as an experimental process in which we continually test and retest the limits of possibility and try, as best we can, to create new institutions which will expand those limits themselves« (2010, 373). Wo aber ist die Linke, die das wirklich tut? Den portugiesischen Schriftsteller und Kommunisten José Saramago (2010, 44) haben wohl genau diese Gedanken umgetrieben, als er am 1. Oktober 2008 in seinem Tagebuch auf die Frage »Wo ist die Linke?« notierte: »Ich zahle keinen Finderlohn, ich habe schon für meine Illusion zu teuer bezahlt.«

Literatur

- Abelshäuser, Werner (2009) Nach dem Wirtschaftswunder. Der Gewerkschafter, Politiker und Unternehmer Hans Matthöfer, Bonn.
- Abendroth, Wolfgang (1972) Antagonistische Gesellschaft und Politische Demokratie, Neuwied u. Berlin.
- Abendroth, Wolfgang (1975) Arbeiterklasse, Staat und Verfassung, Frankfurt/M.
- Adler, Max (1928) Demokratie als Ziel und Mittel. Über marxistische Staatsauffassung, in: Der Klassenkampf, H. 10.
- Altvater, Elmar (1977) Staat und gesellschaftliche Reproduktion, in: Volker Brandes et al. (Hg.) Handbuch 5: Staat, Frankfurt/M. u. Köln.
- Altvater, Elmar (2010) Der große Krach. Oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen, von Politik und Natur, Münster.
- Altvater, Elmar/ Hoffmann, Jürgen/ Semmler, Willi (1979) Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise, Berlin/W.
- Altvater, Elmar/ Hübner, Kurt/ Stanger, Michael (1983) Alternative Wirtschaftspolitik jenseits des Keynesianismus, Opladen.
- Basso, Lelio (1969a) Rosa Luxemburgs Dialektik der Revolution, Frankfurt/M.
- Basso, Lelio (1969b) Zur Theorie des politischen Konflikts, Frankfurt/M.

- Basso, Lelio (1970) Sozialismus in der Industriegesellschaft, in: ders. et al., Arbeiterkontrolle, Streiks, Klassenanalyse, Berlin/W.
- Basso, Lelio (1975) Gesellschaftsformation und Staatsform, Frankfurt/M.
- Braun, Volker (2009) Werktage 1. Arbeitstagebuch 1977-1979, Frankfurt/M.
- Brecht, Bertolt Gesammelte Werke. 20 Bde, Frankfurt/M. 1967.
- Buci-Glucksmann, Christine/ Therborn, Göran (1981) Der sozialdemokratische Staat. Die »Keynesianisierung« der Gesellschaft, Hamburg.
- Esser, Josef/ Görg, Christoph/ Hirsch, Joachim (1994) Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie, Hamburg.
- Orszag, André (1967) Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus, Frankfurt/M.
- Gramsci, Antonio (1980) Zu Politik, Geschichte und Kultur, Leipzig.
- Gramsci, Antonio (1991 ff.) Gefängnishefte, Hamburg.
- Harvey, David (2009) Was tun? Und wer zum Teufel tut es?. in: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, H. 1, 100-109.
- Harvey, David (2010) Den antikapitalistischen Übergang organisieren. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 11/2010.
- Hobsbawm, Eric (1981) Die Krise des Kapitalismus in historischer Perspektive, in: Folker Fröbel/ Jürgen Heinrichs/ Otto Kreye (Hg.) Krisen in der kapitalistischen Weltökonomie, Reinbek bei Hamburg
- Holloway, John (2010) Kapitalismus aufbrechen, Münster.
- Korsch, Karl (1980 [1922]) Arbeitsrecht für Betriebsräte, in: ders. Gesamtausgabe, Bd. 2: Rätebewegung und Klassenkampf, Frankfurt/M.
- Lukács, Georg (1968 [1923]) Geschichte und Klassenbewusstsein, Neuwied u. Berlin.
- Luxemburg, Rosa: Gesammelte Werke. 5 Bde., Berlin/DDR.
- Marx, Karl/ Engels, Friedrich: Marx-Engels-Werke. 43 Bde., Berlin/DDR.
- Naphtali, Fritz (1977 [1928]) Wirtschaftsdemokratie, Köln u. Frankfurt/M.
- Negt, Oskar (1971) Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen, Frankfurt/M.
- Negt, Oskar (1976a) Keine Demokratie ohne Sozialismus, kein Sozialismus ohne Demokratie, in: Das Argument 98.
- Negt, Oskar (1976b) Keine Demokratie ohne Sozialismus. Über den Zusammenhang von Politik, Geschichte und Moral, Frankfurt/M.
- Röttger, Bernd (2009) Krisen des Kapitalismus – historische Perspektiven, in: Das Argument 283, 758-766.
- Röttger, Bernd (2010a) Kooperation, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 7/II, Hamburg, 1728-1740.
- Röttger, Bernd (2010b) Wege in die Befreiung der Arbeit. – Traditionen, Erfahrungen und Perspektiven aus der Geschichte der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, in: Sabine Gruber/ Frigga Haug/ Stephan Krull (Hg.) Arbeiten wie noch nie!? Unterwegs zur kollektiven Handlungsfähigkeit, Hamburg, 37-61.
- Röttger, Bernd (2010c) Konversion!? Strategieprobleme beim Umbau kapitalistischer Produktion, in: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, H. 3, 70-79.
- Röttger, Bernd (2011a) Zwischen betrieblichen Kämpfen und Staat. Politikkunst für die institutionelle Arbeiterbewegung, in: Frigga Haug/ Michael Brie (Hg.) Das Staatsverständnis von Rosa Luxemburg, Baden-Baden [i.E.].
- Röttger, Bernd (2011b) Neogramscianische Krisenanalysen? Für die kritische Rekonstruktion einer materialistischen Krisenheuristik, in: Benjamin Opratko/ Oliver Prausmüller (Hg.) Gramsci global. Neogramscianische Perspektiven in der internationalen Politischen Ökonomie, Hamburg [i. E.].
- Seifert, Jürgen (1974) Sozialistische Rechtspolitik und soziale Revolution, in: Claudio Pozzoli (Hg.) Rosa Luxemburg oder: Die Bestimmung des Sozialismus, Frankfurt/M.
- Vester, Michael (1970) Die Arbeitnehmer in der sozialistischen Strategie, in: Lelio Basso et al., Arbeiterkontrolle, Streiks, Klassenanalyse, Berlin/W.
- Wright, Eric Olin (1994) Interrogating Inequality. Essays on Class Analysis, Socialism and Marxism, London.
- Wright, Eric Olin (2010) Envisioning Real Utopias, London.

Wirtschaft und Gesellschaft

Editorial

Zur Arbeitsmarktöffnung gegenüber Mittelosteuropa

Heinz D. Kurz

Vom Fall und Wiederaufstieg einiger Ideen von Lord Keynes

Herbert Walther

Wirtschaftskrise und Arbeitsbedingungen

Silke Tober

Makroökonomische Politik zur Bewältigung der Krise
im Euroraum

Dominik Bernhofer, Romana Brait

Die Verteilungswirkungen der Mineralölsteuer in Österreich

Michael Mesch, Andreas Weigl

Angestellte und Tertiärisierung in Österreich 1910–51

Karin Wagner

Haben Mieter oder Eigentümer höhere Wohnkosten?

Preise: Einzelnummer € 10,50, Jahresabonnement € 33,-
(inkl. Auslandsversand € 55,-), ermäßigtes Studenten-
Jahresabonnement gegen Bekanntgabe einer gültigen
ÖH-Card-Nummer € 19,50, jeweils inkl. MwSt.

Zu bestellen bei: LexisNexis Verlag ARD Orac, A-1030 Wien,
Marxergasse 25, Tel. 01/534 52-0, Fax 01/534 52-140,
e-mail: verlag@lexisnexus.at. Dort kann auch ein kostenloses
Probeheft angefordert werden.

1/11

 LexisNexis®
ARD Orac



WIEN

Kurswechsel

Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen

www.kurswechsel.at

- 1/1995 Individualisierung und Politik
2/1995 Arbeit im Modernisierungsprozess
3/1995 Die Geburt der Weltwirtschaft?
4/1995 Kritik der Sozialforschung
1/1996 Die Zukunft der Dritten Welt
2/1996 Industrie und Glück
3/1996 Vom Wohlfahrts- z. Leistungsstaat?
4/1996 Gewerkschaftsbewegung in Österreich (vergriffen)
1/1997 Wirtschaftspolitik – mehr als ein Sparpaket
2/1997 Gegenreformation a. d. Hochschulen
3/1997 Mikropolitik – Politische Prozesse in Organisationen
4/1997 Geld und Finanzmärkte
1/1998 (Neo-)Liberalismus – Globalisierung und Demokratie (vergriffen)
2/1998 Informationsges. – Facts & Fancy
3/1998 Pensionsreformen als Antworten – Was waren die Fragen?
4/1998 Wer MACHT Politik?
1/1999 Internat. Regulierung u. Demokratie
2/1999 Wien: Möglichkeiten ... einer alternativen Stadtpolitik
3/1999 Transformation des Ökologischen
4/1999 Verteilungsfragen
1/2000 Antirassismus (vergriffen)
2/2000 Leitbild Unternehmer
3/2000 Osteuropa zwischen Integration und Desintegration
4/2000 Von der großen Krise zum neuen Wachstumsmodell?
1/2001 Ein Jahr »neu« regiertes Österreich
2/2001 Aktionärskapitalismus
3/2001 EUropa unterwegs ins 21. Jahrhundert (vergriffen)
4/2001 Öffentlich/Privat – neue Grenzziehungen
1/2002 Feministische Ökonomie
2/2002 Gewerkschaftliche Erneuerung und Globalisierung
3/2002 Regulieren oder reguliert werden?
4/2002 Nachhaltigkeit – zwischen Vereinnahmung und Alternative
1/2003 Demokratisierung der Wirtschaft(spolitik) (vergriffen)
2/2003 Neue Formen liberaler Herrschaft
3/2003 Arbeit – Politik – Emanzipation
4/2003 Bedeutung als Ware
1/2004 EU nach Konvent u. Osterweiterung
2/2004 Ökonomie und Ideologie des Sports
3/2004 Öffentliche Daseinsvorsorge vor der Privatisierung
4/2004 Sozialwirtschaft in Österreich – Alternative oder Lückenbüßerin?
1/2005 Alternative Ökonomien, Alternative Gesellschaften
2/2005 Die Welt als Feriendorf. Neue Routen der Tourismuskritik
3/2005 No risk, no fun? Risikoindividualisierung und Finanzmärkte
4/2005 Produktionsbedingungen ökonomischen Wissens
1/2006 Steuer(ungs)konzepte mit Zukunft
2/2006 Migration: Normalität d. Ungleichheit?
3/2006 Soziale Wohnungswirtschaft
4/2006 Gesellschaftskritische Ökonomie
1/2007 Kampf um ein soziales Europa
2/2007 Wa(h)re Gesundheit? Gesundheitssystem im Wandel
3/2007 Sozialwissenschaftliche Technikforschung zwischen Anpassung und Kritik
4/2007 Neomerkantilismus
1/2008 Prekarisierung
2/2008 Restrukturierung des öffentlichen Sektors
3/2008 Ernährung und Ökonomie
4/2008 Der »goldene Osten«
1/2009 Verteilung und Demokratie
2/2009 Politische Ökonomie der USA
3/2009 Sozialarbeit im Neoliberalismus
4/2009 Workfare: Does it work? Is it fair?
1/2010 Krise in Europa
2/2010 Im Klimawandel
3/2010 EU-Armutspolitik
4/2010 Kämpfe um Geistiges Eigentum
1/2011 Zukunftsaussichten
2/2011 Die andere österreichische Schule – Kurt Rothschild
3/2011 Rohstoffe – Strategien und Konflikte
4/2011 »We are family«? Care Ökonomie

Einzelheft: € 10,50

Normalabonnement: € 29,—

Studienabonnement: € 18,—

Auslandsabonnement : € 36,—

Bestellung an: **Sonderzahl Verlag** Fax: 0043-1-586 80 70 E-Mail: sonderzahl-verlag@chello.at